



Thema: attac,

URL: http://relevant.at/wirtschaft/konjunktur-inland/1274287/eu-setzt-handelsgespraec...



Neu registrieren Login Di, 21.01.2014



- Meinung
- Politik
- Chronik
- Wirtschaft**
- Sport
- Kultur
- Society
- Life
- Reise
- Motor
- Hightech

- Konjunktur Inland
- Konjunktur Ausland
- Energie
- IT-Business
- Medien
- Finanzkrise
- PR
- PR International

Niavaranis relevante Fragen

EU setzt Handelsgespräche mit USA teilweise aus

21.01.2014 - 06:16



Handelskommissar De Gucht: "Öffentliche Reflexion" © APA (epa)

Bei den Verhandlungen um das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP) lenkt die EU-Kommission offenbar ein. Ein Teil des Abkommens soll vorerst nicht verhandelt und zuerst innerhalb der Union debattiert werden, berichteten sowohl der "Standard" als auch die britische Zeitung "Independent" in ihren Online-Ausgaben.

Der zuständige EU-Handelskommissar Karel De Gucht habe sich in einem Brief an die Wirtschafts- und Handelsminister der EU-28 - darunter Wirtschaftsminister Mitterlehner - gewandt, in dem es heißt: "Die umfassenden Bedenken (...) haben mich überzeugt, dass eine öffentliche Reflexion über den Weg, wie die EU diese Verhandlungen in Angriff nehmen soll, notwendig ist", zitierte der linksliberale "Independent".

Dabei gehe es insbesondere um die Verhandlungen zu den Investitionsschutzklauseln (Investor-to-State Dispute Settlement, ISDS). Laut dem "Standard"-Bericht soll das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) Schlüsselthema eines informellen Treffens des Rates am 28. Februar sein.

Bei den umstrittenen ISDS geht es um Klauseln, die es Unternehmen erlauben, Staaten auf internationaler Ebene vor nicht-öffentlichen Schiedsgerichten zu klagen. Voraussetzung ist, dass sie durch die Gesetzgebung in einem Land diskriminiert und bei ihren Investitionen geschädigt wurden. Für die EU sind diese Investitionsklauseln üblich. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie etwa Greenpeace kritisierten jedoch, dass die Gerichte von Wirtschaftsanwälten besetzt würden und so "Investitionen von Konzernen schützen" sollen.

Bedenken äußerten auch FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria und Attac, die beispielsweise eine Bedrohung für das österreichische Anbauverbote von gentechnisch veränderten Pflanzen ortete. Zudem stehe das TTIP im Widerspruch zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, hieß es in einer Aussendung.

De Gucht zeigte sich laut "Standard" in dem Brief "zunehmend besorgt über den immer negativeren Ton" zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU und insbesondere dem Investitionsschutz. Er wolle deshalb eine dreimonatige öffentliche Anhörung starten und fordere auch die Mitgliedsstaaten auf, sich "proaktiv" in die Debatte einzubringen.

Ende vergangener Woche lehnte De Gucht einen TTIP-Stopp der Verhandlungen wegen der NSA-Affäre noch ab, schloss jedoch ein Scheitern nicht aus. Bundespräsident Fischer lobte das Abkommen kürzlich als "Schritt in die richtige Richtung" für Österreich.

(APA)

DRUCKEN

Mehr zum Thema



Private kaufen laut VCÖ immer weniger Diesel-Autos



Mitterlehner will Hypo-Lösung ohne Budget-Einfluss



Ermittlungen in Buwog-Causa auch gegen Ramprecht



Telekom-Prozess auf März vertagt



Anklage gegen Huber im Telekom-Prozess ausgeweitet



Buwog-Gutachten belastet Ex-Finanzminister Grasser



Kolumne: Media's Digest

Newsticker

- 09:17 Ban lud Iran von Syrien-Konferenz wieder aus
- 06:16 EU setzt Handelsgespräche mit USA teilweise aus
- 22:31 ÖHB-Männer gegen Spanien knapp an Sensation vorbei
- 16:15 Iran setzte Uran-Anreicherung auf 20 Prozent aus
- 16:12 Stardirigent Claudio Abbado 80-jährig verstorben

Bildergalerien

Meistgelesen / Wirtschaft

- Lehrer-Mangel: "2013 wird sicher Krisenjahr"
- Private kaufen laut VCÖ immer weniger Diesel-Autos
- Mitterlehner will Hypo-Lösung ohne Budget-Einfluss
- EU setzt Handelsgespräche mit USA teilweise aus
- EU-Parlament offen für Schiefgas-Ausbeutung

Partner

- DerBörsianer
- Ladiesjobs

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: attac,

URL: http://relevant.at/wirtschaft/konjunktur-inland/1274287/eu-setzt-handelsgespraec...

- ▶ Private kaufen laut VCÖ immer weniger Diesel-Autos
- ▶ Mitterlehner will Hypo-Lösung ohne Budget-Einfluss
- ▶ Ermittlungen in Buwog-Causa auch gegen Ramprecht
- ▶ Telekom-Prozess auf März vertagt
- ▶ Anklage gegen Huber im Telekom-Prozess ausgeweitet
- ▶ Buwog-Gutachten belastet Ex-Finanzminister Grasser
- ▶ Inflation sank 2013 auf 2,0 Prozent
- ▶ Pkw-Neuzulassungen um 5,1 Prozent gesunken

- Home Niavaranis relevante Fragen
- Meinung
- Politik Österreich * Europa * USA * Mehr Politik
- Chronik Österreich * Europa * USA * Mehr Chronik * Wetter * Weltall
- Wirtschaft Konjunktur Inland * Konjunktur Ausland * Energie * IT-Business * Medien * PR * PR International
- Sport Fußball * Motorsport * Wintersport * Tennis * Golf * Mehr Sport * Xtreme Sport Videos
- Kultur Bühne * Film & TV * Musik * Literatur * Kultur- und TV-Tipps * Kulturpolitik
- Society VIPs * Kings & Queens
- Life Kulinarik * Beauty & Fitness * Fashion * Home Sweet Home * Gesundheit * Frauenleben
- Reise Österreich * Europa * Fernreisen * Specials
- Motor Cars * Bikes * Sicherheit
- Hightech Web * Computer * Mobile * Multimedia * Best of Electronics * 3D

Online-Werbung | Impressum | AGB | Jobs |

© 2010 Relevant Media GmbH

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag